

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Peter Glotz MdB fordert,
die Zinsen zu senken: Von
den Amerikanern pragmati-
sches Handeln lernen.

Seite 1

Volker Neumann MdB kom-
mentiert den jüngsten Jah-
resbericht von Amnesty In-
ternational: Grundlage für
Hilfe.

Seite 3

Anke Fuchs MdB skizziert
die Alternativen der SPD für
die Alterssicherung: Die
Flickschusterei ablösen.

Seite 4

Michael Müller MdB plädiert
für eine neue Chemiepolitik:
Wirtschaft ökologisch er-
neuern, Umwelt schützen.

Seite 6

41. Jahrgang / 204

24. Oktober 1986

Die Zinsen müssen runter

Wir sollten bei den Amerikanern pragmatisches Handeln lernen

Von Dr. Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die USA und Japan geraten in die Rezession. Das wird sich zwangs-
läufig über kurz oder lang auch auf unser Land auswirken, denn
eine nationale Volkswirtschaft kann sich schon lange nicht mehr
internationalen Entwicklungen wie einem weltweiten Abwärts-
trend entziehen. Gleichwohl müssen wir der Entwicklung nicht
tatenlos zusehen. Es besteht Spielraum für Wachstumsinitiativen.
In der speziellen Situation heute, die durch geringe Inflation ge-
kennzeichnet ist, liegen sie besonders im Bereich der Geld- und
Finanzpolitik. In erster Linie ist an eine Zinssenkung zu denken.
Hinzu kommen sollte eine Umstrukturierung der Steuerreform
mit dem Ziel der Kaufkraftstärkung, und eine Erhöhung der öffent-
lichen Investitionen. Das könnte eine Belebung bewirken, ausref-
chend, um einen Absturz in das Konjunkturtal zu vermeiden.
Es wäre überdies angesichts der geringen Inflation risikofrei.

Solches Handeln liegt im nationalen, aber auch im internationa-
len Interesse. Die Bundesrepublik steht weit mehr unter Druck
der USA (aber auch Frankreichs und anderer Länder) als die Bun-
desregierung zugeben will. Man fordert konjunkturbelebende Maß-
nahmen und eine Zinssenkung von uns. Zwar bleibt es natürlich
richtig, daß wir nicht den Platz der USA als Konjunkturlokomo-
tive einnehmen können. Aber daß sich die Bundesregierung hart-
näckig weigert, den Gipfel von Tokio mit Leben zu erfüllen und
sich an einem internationalen Stabilitätspaket wenigstens zu be-
teiligen, bringt uns international immer stärker in die Isolation.
Richtig wäre eine konzertierte Aktion: Die Japaner kurbeln die
Binnennachfrage an; wir tun das gleiche und senken die Zinsen;
die Amerikaner begrenzen ihr Haushaltsdefizit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with 100% recycled paper
Recycling Paper



Weiter noch: Die deutsche Verweigerung führt die USA dazu, den Dollar noch weiter fallen zu lassen und noch stärker zu protektionistischen Maßnahmen überzugehen. Das schadet zunächst einmal den deutschen Exporten in den Dollarraum, weil der Kurs bereits jetzt unter die Schmerzgrenze gesunken ist. Und es führt weiterhin praktisch automatisch zu einem massiven Zinsanstieg in den USA und somit auch bei uns - mit allen schädlichen Folgen für die Konjunktur.

Und noch schlimmer: Weil die Bundesbank natürlich gleichwohl weitere Kursverluste des Dollar zu vermeiden trachtet, versucht sich die amerikanische Währung durch massive Stützungskäufe zu stabilisieren. Aber fast alle Beobachter, auch in der deutschen Presse, sind sich einig, daß die Mark alleine den Dollar nicht halten kann, wenn die Amerikaner nicht wollen. Der Dollar wird weiter sinken, und das heißt auf deutsch: Wir verplumpen unser Geld. Und schließlich bringt eben diese Politik uns tatsächlich näher an die Inflation, denn die Dollarkäufe erhöhen das Zentralbankgeld. Schon warnt der deutsche Monetaristen-Papst Manfred Neumann: Die Notenbank kann jeden Dollar/Mark-Kurs verteidigen, nur muß sie dann die Inflation laufen lassen.

Eine absurde Konstellation: Im Namen einer überholten konservativen Wirtschafts- und Geldpolitik werden Effekte erzeugt, die genau gegen die Prinzipien dieser Politik verstoßen.

Nicht nur unsere Nachbarländer, sondern der größte Teil der europäischen Presse äußert Unverständnis über die „Sturheit Bonns“. Man nennt die Deutschen „die letzten Monetaristen“ - während doch gerade in den USA sich das Leitbild weg vom wirtschaftspolitischen Konservativismus geschoben hat.

Wir sollten bei den Amerikanern pragmatisches Handeln lernen. Die Zeit ist reif für wachstumsfördernde Maßnahmen; insbesondere für eine Zinssenkung. (-/24.10.1986/vo/rs)

* * *

Ein Dank an Amnesty International

Der Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation ermöglicht es Politikern,
in konkreten Fällen von Verfolgung zu helfen

Von Volker Neumann MdB

„Unsere zentrale Rolle ist die eines Wächters“, so umriß die Organisation Amnesty International ihre zentrale Aufgabe. Jedes Jahr zieht sie daher Bilanz. Jedes Jahr erscheint ein umfangreicher und auch zunehmend detaillierter Bericht über die Staaten, in denen die Menschenrechte in Gefahr geraten oder eklatante Verstöße gegen die Menschenrechte festzustellen sind. Dies war 1986 in mindestens 128 Ländern der Fall. Auch die Bundesrepublik Deutschland wird erwähnt mit ihrer Rechtsprechung zur Kriegsdienstverweigerung und den Berichten über Isolationshaft.

Auf fast 500 Seiten weist Amnesty International nach, daß die Menschenrechte vieler tausender Menschen in aller Welt verletzt wurden. In Südafrika wurde eine dramatische Zunahme von Folterungen, Verschleppungen oder Todesfällen in Gewahrsam der Polizei registriert. Im Irak und Iran wird weiterhin gefoltert und exekutiert. Religiöse Verfolgung im Iran ist an der Tagesordnung. Auch in Nicaragua gibt es politisch motivierte Verhaftungen.

Unverändert gibt es viele kommunistische Staaten des Warschauer Paktes, in denen eine große Zahl von politischen Gefangenen bekannt ist. Dieses dürfte nur die Spitze eines Eisberges sein, da die Informationsbeschaffung gerade aus diesen Ländern schwierig ist. In der Türkei wird weiterhin gefoltert, obwohl auch Erfreuliches zu berichten ist, daß nämlich im Jahre 1985 keine Todesurteile mehr vollstreckt worden sind.

Die Liste der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen ist lang. Dennoch, der Einsatz zeigt Erfolg. Amnesty International weist mit Recht darauf hin, daß die Menschenrechtsgruppen zunehmend an Einfluß gewonnen haben. Die Beschaffung von Informationen ist insgesamt gesehen besser geworden und vor allem auf dem Gebiet des internationalen Rechts sowie der internationalen Überwachungsmechanismen zum Schutz der Menschenrechte wurde beachtliche Erfolge erzielt. Mehr als 80 Staaten haben den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, 40 Staaten die am 10. Dezember 1984 von den Vereinten Nationen beschlossene UN-Antifolterkonvention gezeichnet.

Nach langem, endlosen Zögern hat aufgrund des parlamentarischen Drucks die Bundesregierung nunmehr die Antifolterkonvention der Vereinten Nationen gezeichnet. Sie hat jedoch dazu erklärt, daß sie der zentralen Forderung der Konvention, dem Artikel 3, nur unter Vorbehalt zustimmen wird. Dieser Artikel untersagt den unterzeichnenden Staaten, Personen, denen in ihrem Heimatland Folter droht, sie dorthin abzuschicken. Mit dieser Einschränkung hat die Bundesregierung dem Druck der CSU im Freistaat Bayern nachgegeben und der Antifolterkonvention die entscheidende Schlagkraft genommen.

Sie hat, was noch schlimmer ist, die Opfer der Folter ihres elementarsten rechtlichen Schutzes beraubt. Die Bundesregierung wird dringend aufgefordert, diesen Vorbehalt zu streichen und die UN-Antifolterkonvention ohne Einschränkung zur Ratifizierung vorzulegen. Die SPD wird dazu parlamentarische Initiativen entwickeln.

Amnesty International ist mit dem Jahresbericht wiederum Dank zu sagen für die sorgfältige Information über Menschenrechtsverletzungen. Nur mit diesen Informationen und konkreten Beweisen ist es für die Politiker möglich, auch in Einzelfällen betroffene Regierungen zu einer Änderung ihrer Menschenrechtspolitik zu bewegen. (-/24.10.1986/vo/rs)



Die Alterssicherung grundlegend reformieren

Die Sozialdemokraten treten der Flickschusterei der Wende-Regierung
mit einer umfassenden Alternative entgegen

Von Anke Fuchs MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Noch so schöne Hochglanzbroschüren der Bundesregierung können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die älteren Menschen zu den Hauptbetroffenen der Wende-Politik gehören:

- Die Renten sind seit 1982 zunächst real gesunken. Erst mit der Rentenanpassung von knapp drei Prozent im nächsten Jahr werden sie wieder den früheren Stand an realer Kaufkraft haben.
- Die Armut im Alter hat sich weiter verschärft. Über eine halbe Million älterer Menschen lebt von Kleinstrenten oder bezieht Sozialhilfe neben der Rente. Vor allem Frauen sind von dieser Altersarmut betroffen. Die Reform der Hinterbliebenenversorgung hat ihre Situation in keiner Weise verbessert.
- Viele ältere Menschen sind pflegebedürftig und auf die Hilfe von Angehörigen oder Nachbarn angewiesen. Andere werden im Heim gepflegt und sind trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung auf Sozialhilfe angewiesen. Die Bundesregierung hat die Situation dieser Pflegebedürftigen vernachlässigt.
- Bei der Anerkennung eines Babyjahres wurden ausgerechnet die Frauen ausgeklammert, die ihre Kinder unter weitaus schwierigeren Bedingungen großgezogen und das kriegszerstörte Deutschland mitaufgebaut haben. Der jetzt beschlossene Stufenplan zur Einbeziehung dieser älteren Mütter ist eine Beleidigung gegenüber diesen Frauen.

Vier Jahre Wendepolitik für die älteren Menschen haben gezeigt: Die soziale Gerechtigkeit und die Sicherheit im Alter sind bei dieser Regierung in schlechten Händen. Wir Sozialdemokraten bleiben dagegen der Anwalt auch der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft durch mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen.

Die langfristige Sicherung der Rentenfinanzen steht für uns im Vordergrund. Wir wollen Schluß machen mit der kurzatmigen Flickschusterei und fordern deshalb eine grundlegende Reform der Alterssicherung. Die Massenarbeitslosigkeit und der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung dürfen die Sicherheit im Alter nicht länger gefährden. Unsere wichtigsten Forderungen sind:

- Renten und verfügbare Arbeitnehmereinkommen sollen sich im Gleichklang entwickeln.
- Die absehbaren Lasten aus dem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung müssen sozial ausgewogen auf Beitragszahler, Rentner und Staat verteilt werden. Durch eine neue Rentenformel und eine höhere Beteiligung des Bundes wollen wir die Rentenfinanzen langfristig wetterfest machen.



- Die Arbeitslosenversicherung muß wieder für alle arbeitslosen Leistungsbezieher volle Rentenversicherungsbeiträge zahlen.
- Um die Solidarität zwischen den Generationen zu erreichen, wollen wir eine schrittweise Harmonisierung der Alterssicherung von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbständigen. Gleiche soziale Tatbestände müssen in allen Alterssicherungssystemen auch zu gleichwertigen Leistungen und Belastungen führen.
- In der Finanzierung der Sozialversicherung wollen wir den Arbeitgeberbeitrag künftig nicht allein auf der Basis von Löhnen und Gehältern bemessen. Wir wollen für ihre dauerhafte Sicherung die gesamte Wertschöpfung eines Betriebes einbeziehen.
- Und zur Bekämpfung der Altersarmut streben wir mittelfristig eine soziale Grundsicherung an, die auch im Alter zur Sicherung des Existenzminimums ausreicht, ohne daß Sozialhilfe gezahlt werden muß.

Um soziale Gerechtigkeit für alle älteren Menschen zu verwirklichen, wollen wir das Babyjahr für alle Mütter einführen. Wir wollen einen Kinderzuschlag von 25 Mark pro Kind und Monat für jede Rentnerin. Für uns ist undenkbar, daß ausgerechnet die älteren Mütter bei der Anerkennung des Kindererziehungsjahres ausgeschlossen werden sollen.

Wir werden uns nach dem 25. Januar 1987 auch verstärkt um die Absicherung des Pflegekostenrisikos bemühen. Es war ein sozialdemokratisch geführtes Land, nämlich Hessen, das einen ersten umfassenden Lösungsvorschlag für eine Pflegeversicherung für alle in die Gesetzgebung eingebracht hat. Wegen des Widerstandes der Bundesregierung und der übrigen CDU- und CSU-geführten Bundesländer steht die drängende Lösung dieses Problemes bisher aus. Wir Sozialdemokraten werden weiter darauf drängen, daß besonders die ambulanten Hilfen für Pflegebedürftige verstärkt werden und Zeiten der Pflege sich nicht nachteilig auf die Alterssicherung auswirken.

Die soziale Sicherheit für alle zu erhalten und zu verbessern, bleibt für uns eine vorrangige Aufgabe. Wir wollen nach der Wende den Wechsel schaffen und dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit wieder Geltung einräumen. Wir wollen eine sichere und soziale Zukunft für alle.

(-/24.10.1986/vo/rs)

* * *



Plädoyer für eine neue Chemie-Politik

Die Volkswirtschaft ökologisch erneuern, Umwelt und Gesundheit schützen

Von Michael Müller MdB

Die Vielzahl der im Plenum des Bundestages aufgelaufenen Anträge und Berichte macht deutlich, daß es einen politischen Nachholbedarf in der Beratung chemiepolitischer Fragen gibt. Nach der Katastrophe von Seveso hat die Chemieindustrie in der Öffentlichkeit an Kredit verloren, der durch eine Vielzahl immer neuer Meldungen über Gifte und Schadstoffanreicherungen weiter gesunken ist, obwohl dieser Industriezweig zweifellos seine umweltpolitischen Anstrengungen deutlich ausgeweitet hat.

Die Vielzahl der Einzelpunkte macht aber auch deutlich, daß eine isolierte Behandlung von Einzelstoffen („Schadstoff des Monats“) dem Problem nicht gerecht wird. Erforderlich ist eine systematische, langfristig angelegte Chemiepolitik. Die SPD hat mit ihrem „Konzept für eine umwelt- und gesundheitlich verträgliche Chemiepolitik“ dazu eine Grundlage geschaffen.

Mehr noch als bei anderen Umweltfragen ist bei den Chemieprodukten die unmittelbare Gefährdung des Menschen zu sehen. Dieses Politikfeld ist von daher der Test für eine umweltverträgliche Erneuerung der Industriegesellschaft.

Eine Chemiepolitik muß die drei großen Problembereiche

- Störfallrisiko,
- Sonderabfall und
- ökologisch orientierte Produktpalette unter dieser Zielsetzung neu bestimmen.

Zweifelloos hat die Chemieindustrie ihre Anstrengungen zur Herabsetzung des Störfallrisikos in den letzten Jahren wesentlich erhöht. Beim Sonderabfall hat in der Chemieindustrie die Abfallvermeidung Vorrang vor der Wiederverwendung. Es ist dringend erforderlich, den neuesten Stand der Technik im Rahmen einer staatlich organisierten Beseitigung anzuwenden. Die SPD hat zur Sanierung der Altlasten einen Entgiftungsbeitrag vorgeschlagen. Die schwierige Aufgabe ist zweifellos bei den fast 100.000 Altstoffen die Reglementierung der Produktpalette. Der „soziale Nettonutzen“ für die Volkswirtschaft und die Entwicklung eines zügigen Bewertungsverfahrens sind hierfür zwei wichtige Ansätze.

Die Chemieindustrie liefert für die Volkswirtschaft unverzichtbare Beiträge, gerade deshalb muß zu einer modernen Industriegesellschaft eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik gehören.

(-/24.10.1986/vo-he/rs)

